

KOMMENTAR



Ungerecht

Ralf Heidenreich
zur Betriebsrente

ralf.heidenreich@vrm.de

Die private Altersvorsorge ist ein schier endloses Feld. Es gibt zig Möglichkeiten mit verschiedensten Verträgen. Wer hier das Beste für sich rausholen will, muss viel Zeit investieren und alles genau durchrechnen. Aber auch das schützt mitunter nicht vor bösen Überraschungen, wie das Beispiel der Doppelverbeitragung von Kranken- und Pflegeversi-

Es trifft vor allem die, die mit jedem Euro rechnen

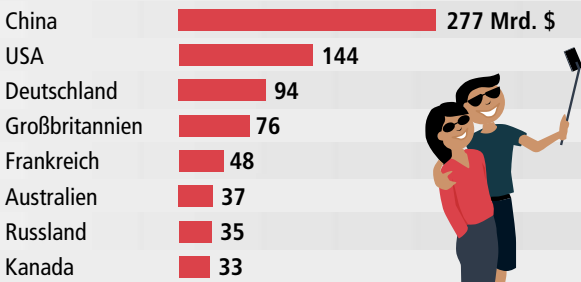
cherungsbeiträgen bei der Betriebsrente zeigt. Ein Wortungetüm, das allein schon dokumentiert, wie unsinnig diese Regelung ist. Die damalige rot-grüne Bundesregierung peitschte – mit Zustimmung der Union – 2004 ein Gesetz durch, das bei den gesetzlichen Krankenkassen das Milliardenloch stopfen sollte. Bezieher von Betriebsrenten wurden von einem Tag auf den anderen deutlich schlechter gestellt. Denn sie müssen seitdem statt des früher halben Beitragssatzes den vollen, also doppelten Satz sowohl für den Arbeitnehmer- als auch den Arbeitgeberanteil zahlen. Das trifft vor allem die Bezieher kleiner (Betriebs-) Renten, die mit jedem Euro rechnen müssen. Wer solche Gesetze verabschiedet und später einfach weiterlaufen lässt, obwohl es den Kassen wieder deutlich besser geht, muss sich nicht wundern, wenn die Menschen das Vertrauen verlieren. In die private Altersvorsorge, in die Bundesregierung. Berlin muss daher das bestehende Gesetz schleunigst kassieren und wieder die frühere Regelung einführen.

GRAFIK DES TAGES

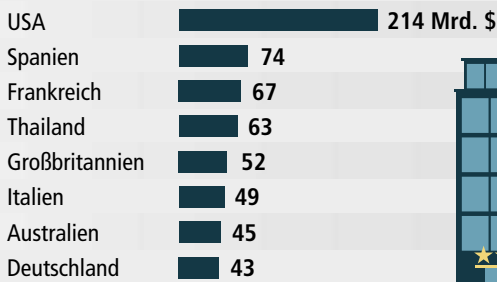
AUF REISEN

Angaben für 2018 in Milliarden Dollar

Weltweite Ausgaben von Touristen im Ausland aus



Einnahmen durch ausländische Touristen in



Quelle: UNWTO



Bearbeitung: VRM/mz

BERUFSUNFÄHIGKEITSVERSICHERUNG

Versicherer	Monatlicher Zahlbeitrag			Kontakt
	Tarif	in Euro		
Canada Life	BU	85,93*	06102/3 06 18 00	
Nürnberger	SBU2910DC	89,24	0911/53 15	
Hannoversche	B2 (Familie)	89,31	0511/9 56 56 56	
Europa	E-BU	89,51	0221/5 73 72 00	
Hannoversche	B1	92,29	0511/9 56 56 56	
Gothaer	BU P Plus	92,90	0221/3 08 00	
Volkswohl Bund	SBU	95,53	0231/5 43 31 20	
Continentale	Premium BU	99,99	089/5 15 30	
Allianz	OBUE (mit AU)	106,22	0800/4 10 01 04	

*Festpreis, keine Erhöhung während der Laufzeit. Berechnungsgrundlage: Mann/Frau, 30 Jahre alt bei Versicherungsbeginn 01.12.2019, Nichtraucher, Assistenzarzt/ärztin, garantierte monatliche Rente 2.500 Euro, Vertragslaufzeit bis zum Alter von 67, Überschussverwendung als Sofortrabatt.

Versicherer	Monatlicher Zahlbeitrag			Kontakt
	Tarif	in Euro		
Nürnberger	SDU2910DC	47,48	0911/53 15	
Canada Life	BU	48,40*	06102/3 06 18 00	
Gothaer	BU 17 P	51,10	0221/3 08 00	
Europa	E-BU	54,92	0221/5 73 72 00	
Dialog	SBU prof. Vitality	58,28	0821/31 90	
Hanse Merkur	SBU 2017 M	59,17	040/4 11 90	
Universa	SBU Exklusiv	61,53	0911/5 30 70	
Hannoversche	B1	62,77	0511/9 56 56 56	
Barmenia	SoloBU	65,05	0202/4 38 00	

*Festpreis, keine Erhöhung während der Laufzeit. Berechnungsgrundlage: Mann/Frau, 25 Jahre alt bei Versicherungsbeginn 01.12.2019, Nichtraucher, IT-System-Kaufmann/-frau, 100 % Büroätätigkeit, garantierte monatliche Rente 1.500 Euro, Vertragslaufzeit bis zum Alter von 67, Überschussverwendung als Sofortrabatt.

Stand: 25.10.2019
Quelle: biaffo.de Angaben ohne Gewähr.

Bittere Enttäuschung im Ruhestand

Bezieher von Betriebsrenten müssen für die Kranken- und Pflegeversicherung den doppelten Beitragssatz zahlen

Von Ralf Heidenreich

BERLIN. Die Gesundheitspolitik, unendliche Weiten. Wir schreiben das Jahr 2004. Viele Lichtjahre von der Realität entfernt, stößt die rot-grüne Bundesregierung in Galaxien vor, die nie ein Mensch zuvor gesehen hat. Die berühmten Sätze aus der Serie Raumschiff Enterprise passen, etwas abgewandelt, sehr gut zu einem Problem, mit dem sich Millionen, die eine Betriebsrente beziehen und/oder eine Direktversicherung abgeschlossen haben, herumschlagen müssen.

Es geht um die Doppelverbeitragung: Betriebsrentner müssen, sofern sie die Versicherungsfreigrenze von monatlich 155,75 Euro überschreiten, auf ihre private Rente für Kranken- und Pflegeversicherung den vollen Beitragssatz zahlen. Also sowohl für den Arbeitnehmer- als auch den Arbeitgeberanteil. Die Doppelverbeitragung gilt auch für Direktversicherungen zur privaten Altersvorsorge, für die der Arbeitgeber zwar Gehalt in eine Kapitallebensversicherung umgewandelt, aber selbst gar nichts beigesteuert hat.

Allein durch den doppelten Beitragssatz reduziert sich die private Rente um annähernd 20 Prozent. In der Regel für zehn Jahre. Bei manchen Verträgen sogar zeitlebens. Hinzu kommt in der Regel noch die nachgelagerte Besteuerung, die abgeführt werden muss. Seit Jahren trichtert die Bundesregierung der Bevölkerung ein, sie müsse auch privat fürs Alter vorsorgen. Millionen haben das gemacht – und sind nun bitter enttäuscht.

So auch eine Leserin dieser Zeitung. „Bei diesem Thema bekomme ich Schnappatmung. Ich habe nichts falsch gemacht und habe vorgesorgt“, sagt die Rentnerin. Bei ihr belaufen sich die Abschläge durch die Doppelverbeitragung auf 18,3 Prozent. Beim halben Beitragssatz



Durch die vollen Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherung müssen Betriebsrenten-Bezieher erhebliche Einbußen hinnehmen. Foto: dpa

wäre es entsprechend weniger. „Dieses Geld fehlt mir – für die Zuzahlung beim Zahnarzt, Augenarzt und so weiter. Urlaub ist nicht drin. Und das bis zum Ende des Lebens.“

Was war 2004 nun geschehen? Bei den gesetzlichen Krankenkassen war das Defizit auf mehrere Milliarden Euro angewachsen. Um die Lächer zu stopfen, peitschte die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder mit Zustimmung der Union ein Gesetz durch, wonach gesetzlich Krankenversicherte – privat Versicherte traf es nicht – bei der Auszahlung von Betriebsrente, Direktversicherung, Pensionskasse und Pensionsfonds künftig den vollen Beitragssatz für Kranken- und Pflegeversicherung zahlen müssen. Bis dahin war bei monatlicher Auszahlung nur der halbe Satz fällig gewesen. Betriebsrentner und Direktversicherte mit einmaliger Kapitalab-

findung waren in aller Regel beitragsfrei.

Aber auch die wurden zur Kasse gebeten. Denn die Regelung gilt rückwirkend für Verträge, die vor 2004 abgeschlossen wurden. „Sie änderten also mit-

Bei diesem Thema bekomme ich Schnappatmung.

Eine Leserin dieser Zeitung zu den Abzügen auf ihre Betriebsrente durch die Doppelverbeitragung.

ten im Spiel die Regeln. Das ist ein Skandal“, sagt Ingrid Grünberg-Rinkleff vom Verein der Direktversicherungsgeschädigten. Denn die Neuregelung treffe vor allem die vielen Bezieher von kleinen (Betriebs-)Renten hart, die nur wenig über der Versicherungsfreigrenze liegen, „weil sie

selbst monatliche Beiträge von 50 Euro nicht bezahlen können“. Seit Jahren kämpft der Verein gegen die Gesetzeslage. An diesem Samstag finden in 20 Städten Demonstrationen statt, darunter auch in Wiesbaden, Kassel und Bad Kreuznach.

Wie stehen die Chancen auf Besserung? Heute erzielen die gesetzlichen Krankenkassen zwar Überschüsse, doch Studien sagen für die nächsten 20 Jahre bereits wieder Milliardendefizite voraus. Nach etlichen Klagen erklärte das Bundesverfassungsgericht die aktuelle Gesetzeslage für rechtmäßig. Nachdem der Protest in Öffentlichkeit und Politik an Breite und Dynamik über die Jahre sichtlich gewonnen hatte, legte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Anfang 2019 einen Vorschlag vor, demzufolge die Krankenkassen- und Pflegebeiträge ab 1. Januar 2020 wieder halbiert werden sollten. Doch

die Bundeskanzlerin pfiff ihn zurück. Das gehe nicht, sei zu kostspielig, soll Angela Merkel in einer Sitzung der Unionsfraktion gesagt haben.

Spahn klingt nun zurückhaltender: An einer Lösung werde gearbeitet, wird er in der Mitteilung zur jüngsten Sitzung des Gesundheitsausschusses zitiert. Es gehe jetzt vor allem darum, die betriebliche Altersvorsorge wieder attraktiver zu machen. Eine komplette Rückabwicklung der Beitragssatzänderung sei wegen der Kosten in Höhe von rund 40 Milliarden Euro jedoch nicht möglich. Aber das, so Grünberg-Rinkleff, sei gar nicht gefordert. Es gehe vor allem um eine Erstattung der vor 2004 gezahlten Direktversicherungsbeiträge. Da belaufe sich die Summe auf neun bis elf Milliarden Euro. Aus dem Bundesgesundheitsministerium heißt es: „Wir befinden uns in sehr konstruktiven Gesprächen.“

Imperium in Trümmern

Ex-Drogeriemarktkönig Anton Schlecker wird 75 / Insolvenzverfahren weitgehend abgeschlossen

Von Nico Esch

STUTTGART/EHINGEN. Er war der König der Branche und zugleich ein Phantom. Seinen Namen kannte jeder, nahezu an jeder Ecke hing zeitweise das Logo, weiße Schrift auf blauem Grund. Das Gesicht dazu hatte dagegen kaum jemand je gesehen – bis das Imperium am Ende war. Quasi aus dem Nichts hatte Anton Schlecker eine Drogeriekette mit gewaltigen Ausmaßen aufgebaut – und am Ende ging er höchstpersönlich damit unter. Ein Lebenswerk in Trümmern, Tausende Mitarbeiter auf der Straße, der Gründer pleite und schließlich angeklagt und verurteilt.

Am Montag wird Anton Schlecker 75 Jahre alt. Der König von einst ist er längst nicht mehr, dafür inzwischen wieder das Phantom von früher, gut verborgen hinter hohen Mauern in seinem Heimatort Ehingen am Rande der Schwäbischen Alb. Das Gefängnis blieb Anton Schlecker erspart. Zwar befanden ihn die Richter vor knapp zwei Jahren des Bankrotts für schuldig. Im Wissen um eine bevorstehende Insolvenz habe er Geld an die Seite geschafft. Anders als seine Kinder Lars und Meike, die das Landgericht Stuttgart ins Gefängnis schickte, bekam Schlecker selbst aber eine Bewährungsstrafe. Seither ist es wieder still geworden um ihn. Alle Anfragen laufen ins Leere.

Im März 2017 hatte das Gericht begonnen, in monatelan-



Beim Prozess gegen die Entführer seiner Kinder trat Anton Schlecker 1999 im Landgericht Ulm auf. Archivfoto: dpa

ger Kleinarbeit das Ende des Imperiums unter die Lupe zu nehmen. Bevor Schlecker von da an jeden Prozesstag auf der Anklagebank verbringen musste, war er sogar vielen seiner eigenen Leute völlig unbekannt gewesen.

Metzgermeister gründet Milliardenkonzern

Mit Anfang 30 hatte der Metzgermeister Mitte der 1970er-Jahre den Grundstein für sein Milliardenreich gelegt und die Öffentlichkeit seither konsequent gemieden. Ausnahme war 1999 nur der Prozess gegen die Männer, die gut zehn Jahre zuvor seine Kinder entführt hatten.

mich unvorstellbar“, sagte er vor Gericht.

Arndt Geiwitz hat daran keinen Zweifel. „Ich habe vor Gericht ganz klar gesagt: Herr Schlecker hat niemals mit der Insolvenz gerechnet“, sagt der Insolvenzverwalter der Drogeriekette, der bis heute der Herr über die Reste des Schlecker-Imperiums ist. Und bereichert habe sich die Familie auch nicht. Selbst Ende 2011 hätten die Mitarbeiter noch Weihnachtsgeld bekommen. Es habe, eigentlich ungewöhnlich in solchen Fällen, bei Eintritt der Insolvenz auch keine Lohnrückstände gegeben.

Dass die Kinder noch kurz vor dem Ende Millionen aus der Firma zogen? „Eine Übersprungshandlung“, sagt Geiwitz. Die Familie zahlte das Geld später an den Verwalter zurück. Trotzdem war es der Hauptgrund dafür, dass Lars und Meike Schlecker deutlich härter bestraft wurden als ihr Vater.

In der ehemaligen Zentrale in Ehingen arbeiten noch immer sieben Schlecker-Leute und unterstützen die Insolvenzverwaltung etwa bei der Immobilienverwaltung oder in Sachen Buchhaltung. Das Verfahren ist so gut wie durch, abgesehen von den Kartellklagen gegen Lieferanten, mit denen Geiwitz um einen dreistelligen Millionenbetrag streitet. Er kämpfe damit für die Gläubiger, allen voran die ehemaligen Beschäftigten und die Bundesagentur für Arbeit, betont der Verwalter – zur Not bis in die letzte Instanz.

Weniger Stromsperrn

BONN (dpa). Wegen ausstehender Zahlungen wurde in Deutschland weniger Menschen der Strom abgestellt als zuvor. Im vergangenen Jahr habe es 296000 Stromsperrn gegeben und damit etwa zehn Prozent weniger als 2017 (330000), heißt es in einem Auszug des neuen Monitoring-Berichts der Bundesnetzagentur. Diese drastischen Maßnahmen betrafen damit 0,6 Prozent aller Stromanschlüsse. Beim Gas war die Entwicklung ähnlich, hier drehten die Netzbetreiber 33000 Haushalten die Zufuhr ab. Das war ein deutlicher Rückgang um etwa 5000. Einen Grund für den Rückgang der Stromsperrn nannte die Behörde wie üblich nicht.

REDAKTION WIRTSCHAFT

Sekretariat Mainz:
Telefon: 06131-48 58 75
Fax: 06131-48 58 68
E-Mail: wirtschaft@vrm.de

Sekretariat Wetzlar:
Telefon: 06441-95 95 95
Fax: 06441-95 92 92
E-Mail: redaktion-wnz@vrm.de

Sekretariat Wiesbaden:
Telefon: 0611-355-53 29
Fax: 0611-355-33 77
E-Mail: hessen-wirtschaft@vrm.de

Sekretariat Darmstadt:
Telefon: 06151-387-27 27
Fax: 06151-387-27 30
E-Mail: wirtschaft-echo@vrm.de

Redaktion:
Ralf Heidenreich (hei) 06131-48-5823
Christiane Stein (cris) 06131-48-5912
Karl Schlieker (kas) 0611-355-5422
Achim Preu (apd) 06151-387-2665